

# Pressemitteilung

02.05.2017



**LANDESMUSIKRAT  
BERLIN**

## **1. Mai vor dem Brandenburger Tor: 20% Festanstellungen sind 184 neue Vollzeitstellen!**

**VertreterInnen von Musikschulen, Fachverbänden und Bezirken demonstrieren vereint für die Umsetzung Ihrer Forderungen**

Der neue rot-rot-grüne Senat ist der erste, der laut Koalitionsvertrag eine qualitative und strukturelle Verbesserung der Berliner Musikschulen sich zum Ziel gesetzt hat, u.a. durch Festanstellung von mindestens 20 % Musikschullehrkräften.

Aktuelle Probleme bei der Umsetzung sind jedoch die folgenden:

1. Die Senatsfinanzverwaltung errechnete bislang nur 105 zusätzlich notwendige VZÄs (=Vollzeitäquivalente), um die Marke von 20% zu erreichen. Eine von allen Berliner Bezirksämtern unterstützte Berechnung der AG-MusikschulleiterInnen sieht für eine qualifizierte Umsetzung zutreffend jedoch mindestens 184 neue Vollzeitäquivalente vor.

Strittig ist die hier Berücksichtigung der zur qualifizierten Organisation des Unterrichts notwendigen Abminderungsstunden für Funktionstätigkeiten (Musikschulleitung, Stellvertretung, Fachgruppenleitung, Zweigstellenleitung).

2. Ein weiteres Problem ist die bisher geplante Art der Zuweisung der zusätzlichen Mittel über die Globalsummenzuweisung an die Bezirke, da hier durch die Zwänge der Kostenleistungsrechnung Verwerfungen zu erwarten sind und die Gefahr einer zwangsläufigen Output-Reduzierung droht. Im Klartext: Im schlimmsten Fall müssten Honorarlehrkräfte entlassen und das Unterrichtsangebot reduziert werden. Um das zu vermeiden, wäre die zweckgebundene Direktzuweisung der zusätzlichen Mittel zielführender.

Der Landesmusikrat Berlin fordert daher:

- Mittel-Zuweisung an die Bezirke für 184 zusätzliche Vollzeitäquivalente im Bereich der Musikschulen.
- Direkte Zuweisung der Mittel, um sicherzustellen, dass die Umsetzung der Forderung „mindestens 20 % Festanstellungen für MusikschullehrerInnen“ nicht zu einer Reduktion des Unterrichtsangebotes an Berliner Musikschulen und zur Entlassung von Honorarlehrkräften führt.



Für die Forderungen des Landesmusikrates demonstrierte am 1. Mai ein breites Bündnis aus MusikschulleiterInnen, MusikschullehrerInnen, ver.di-Mitgliedern PolitikerInnen und VertreterInnen der Bezirke. Für die Sache der MusikschullehrerInnen auf der Bühne sprach Bezirksstadträtin Juliane Witt.

Zahlreiche BesucherInnen unterstützten die Forderung zudem durch Aktionsbilder. Die Aktionspostkarte kann auf der Webseite des Landesmusikrates heruntergeladen werden:

<https://www.landesmusikrat-berlin.de/Aktionsseite-Musikschulen.713.0.html>